

Graphische Stimmen

Organ des Graphischen



Zentralverbandes * Köln

Christlich-nationale Gewerkschaft für die

graphische u. papierverarbeitende Industrie

29. Jahrgang

Bezugspreis vierteljährlich 60 Pf.,
monatlich 20 Pf., ohne Bestellgeld

Köln, den 1. April 1933

Erscheint vierteljährig Samstag
Einzelnummer kostet 10 Pfennig

Nummer 7

Für Menschenwürde, Volkswürde und Volkssendung

Die Mehrheit des deutschen Volkes hat mit dem Stimmzettel sich für ein neues, von nationalem Willen getragenes und geführtes Deutschland entschieden. Auch der Reichstag hat mit überwältigender Mehrheit der Regierung die geforderten Ermächtigungen erteilt. Politische Gegner von gestern haben damit dem Gedanken der nationalen Sammlung Rechnung getragen und ihren Willen bekundet, an des Volkes Wohlfahrt mitzuwirken. Damit ist die Bahn frei für neues Werden und wir wollen uns aufrichtig freuen, wenn nun endlich ein einiges Deutschland zu neuer Macht und Ansehen, zu innerem Frieden, zu Freiheit und Brot für alle Deutschen kommt.

Wir Christlich-nationale Gewerkschafter respektieren den Mehrheitswillen nicht nur aus Zweckmäßigkeitsgründen, sondern auch aus grundsätzlichen Erwägungen. Wir benutzen Titel und Charakter unserer Bewegung „Christlich-national“ nicht als Aushängeschild, sondern handeln seit jeher und auch fernerhin bewußt und gewollt darnach. Immer haben wir den nationalen Gedanken bejaht und vertreten und haben jederzeit für Deutschlands Freiheit und Gleichberechtigung gekämpft. Soweit also wahrhaft nationales Wollen, Denken und Handeln in der Umgestaltung der politischen Machtverhältnisse zum Durchbruch kommen, können wir diese nur bejahren und begrüßen.

Dazu ist für uns keine Umstellung und kein Umlernen nötig. Wenn überhaupt eine Bewegung mit dem alten Programm in die neue Zeit geben kann, dann sind es die Christlichen Gewerkschaften. Eine Bewegung, die seit vier Jahrzehnten im Kampfe gegen Liberalismus und Sozialismus stand, eine Bewegung, an der 1918 die bolschewistische Gefahr zerbrach, hat auch in den Tagen einer nationalen Revolution ihr Lebensrecht und Anspruch darauf, weitgehend mitzuwirken und zu der Ordnung, der Freiheit und Autorität zu dienen.

Dazu ist nur nötig, die alten erprobten Grundsätze klar und entscheidend herauszustellen. Dies geschah in einer großen Tagung des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften in Essen. Es wurden dort Richtlinien zur sozialen Neuordnung der Öffentlichkeit übergeben, die in sorgfältiger Kommissionsarbeit seit langem vorbereitet waren. Sie bedeuten eine Anweisung zur Ausführung unseres alten Programms von Mainz. Sie bringen also grundsätzlich nichts Neues, stellen aber mit notwendiger Deutlichkeit unser Wollen in das neue Geschick. Schon 1920 auf dem großen Kongress in Essen verhandelte Adam Stegerwald die nachstehenden programmatischen Feststellungen der Christlich-nationalen Gewerkschaften:

„Christlich und deutsch wollen wir in erster Linie sein. Das sind keine Verlegenheitsformeln, sondern wir kämpfen dafür, daß beide für uns der Ausdruck einer lebendigen Gesinnung werden, daß, wo immer sich christliche Gewerkschafter treffen, sie wissen, daß diese Ideale eine Gemeinschaft begründen, daß diese Gemeinschaft aber besteht in Forderungen und Pflichten, die sie ihren Mitgliedern auferlegt.“

Es ist kein Naturgesetz, daß die deutsche Arbeiterbewegung für alle Zeiten marxistisch-klassenkämpferisch und antichristlich orientiert sein muß.

Deutsch bedeutet die Bereitschaft, für Deutschlands Befreiung aus den Sklavenjahren des Versailler Vertrages mit allen Kräften zu kämpfen und, wenn es sein muß, sich zu opfern.

Deutsch bedeutet den Kampf um die politische Einigung auch mit den deutschen Stämmen Österreichs.

Deutsch bedeutet das Besinnen auf bodenständige Kultur, auf echtes Volkstum.

Sozial bedeutet die Verwirklichung der organischen Auffassung von Staat und Gesellschaft, also lebendige Verankerung jedes einzelnen im Ganzen. Sie bedeutet Ablehnung des atomisierenden Individualismus und des mechanisierenden Zwangssozialismus.

Sozial bedeutet weiter die prinzipielle Anerkennung des Arbeitnehmers als Subjekt und gleichberechtigten Trägers der Produktion mit allen Konsequenzen.

Deutsch bedeutet endlich die Achtung vor den Eigenarten der deutschen Stämme und dem historisch Gewordenen.

Christlich bedeutet die Anerkennung der christlichen Kultur als Grundlage des Staates, nicht nur als Phrase, sondern in der bewußten Entschlossenheit, alles das entschieden abzulehnen und zu bekämpfen, das aus der materialistischen und mechanistischen Geschichtsauffassung einer unchristlichen Kulturperiode entstanden ist.

Christlich bedeutet auch den Kampf um die Durchführung des Gedankens der ausgleichenden Gerechtigkeit im Leben der Völker zueinander.“

Die Tagung in Essen

am 17. März 1933 konnte zieslicher und ohne Kompromiß an diesen herrlichen Formulierungen anknüpfen, die immer wahr bleiben werden, auch wenn Generationen vergehen. Aufgabe und geistliche Bedeutung dieser Tagung war, eine programmatische Stellungnahme zu der notwendigen Neuformung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung herbeizuführen. Es handelte sich darum, unsere gewerkschaftliche Wirksamkeit mitten in den Zusammenhang des gesamten sozialen Lebens hineinzustellen. Das Große und Bedeutame dieser Kundgebung liegt darin, daß sie den logischen und organischen Zusammenhang der seitherigen Betätigung unserer Christlich-nationalen Gewerkschaften und den Zieselungen, denen sich die heutige Generation mit Leidenschaft zuwendet, zwanglos und ohne Scheu herausstellte.

Das kam deutlich zum Ausdruck in den Darlegungen des Gesamtverbandsvorsitzenden Kollegen Otte. Aus seinen Ausführungen geben wir folgendes wieder:

„Wir brauchen für die Zukunft nicht allein Mut, sondern auch geistiges Rüstzeug. Wir wollen allem entgegenwirken, was Unruhe in unsere Reihen hineinträgt. Diejenigen, die von einem Verbot der Gewerkschaften reden, schädigen nicht nur die Arbeitnehmerinteressen, sondern tun auch der Regierung unrecht. Wir alle wünschen, daß die revolutionären Ereignisse keine Trümmer schaffen, sondern Nutzen zum Segen der Gesamtheit hervorbringen. Unsere Liebe zum Volk und unsere Auffassung von den Aufgaben der Bewegung verpflichten uns, unsere Aufgaben so einzustellen, daß die Zukunft der Allgemeinheit unseres Volkes und damit auch der Arbeitnehmer glücklicher und besser wird.“

Die Christlich-nationalen Gewerkschaften entstanden aus den weltanschaulichen Kräften und dem Glaubensgut der christlichen Arbeiterchaft. Ihr Programm wurzelt in dem Gedanken an die schicksalhafte Verbundenheit aller Volksgenossen und in echtem Volkstum. Die Klassenkampauffassung, die Wesensbestandteil jenes Marxismus ist, der die sozialen Spannungen bis ins ungemessene steigert, jene Auffassung, die nur Gegenätze leibt und gelten läßt, haben die christlichen Gewerkschaften von jeher abgelehnt.

Wie auch immer die Verhältnisse sich gestalten, die christlichen Gewerkschaften können und werden keine Grundsätze aufgeben. Wir sind zutiefst von der Erkenntnis durchdrungen, daß die Christlich-nationalen Grundsätze immer Ausgangspunkt des Schaffens sein müssen, wenn dieses Schaffen segensreich für Volk und Vaterland sein soll. Wir wollen vom Boden unserer althergebrachten Grundsätze aus diejenigen Erfordernisse und Maßnahmen herausstellen, die zu einer sinnvolleren Gestaltung unseres sozialen Lebens führen können. Diese Notwendigkeit ist angelehnt der gegenwärtigen Erschütterungen, die wir durchmachen, in besonderem Maße gegeben. Letzten Endes offenbart sich in den revolutionären Ereignissen doch mehr als nur eine Unzufriedenheit mit den politischen und

staatlichen Verhältnissen. Wir sind tief davon durchdrungen, daß in dieser Umwälzung auch das stämmische Sehnen und Verlangen der schaffenden Menschen nach einer Neugestaltung unserer sozialen Verhältnisse, nach einer Neuordnung der Verhältnisse zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zum Ausdruck kommt. Es ist eine der wichtigsten und größten Aufgaben, dieses berechtigte Sehnen der Massen zu stillen. Und der Staatsmann und die Regierung werden sich das größte Verdienst erwerben und sich ein unvergängliches Denkmal setzen, die nicht nur eine allseitig tragbare, sondern auch eine solche Lösung herbeizuführen, die mehr Frieden und Freiheit, mehr Glück und Segen für das ganze Volk, insbesondere aber für die lohnarbeitenden Schichten des Volkes bringt. Wir haben unsere Freiheit und Unabhängigkeit gegenüber den politischen Parteien jederzeit gewahrt und haben gemeinsam — evangelische und katholische Arbeiter — ohne Unterschied der parteipolitischen Richtung, an der Erfüllung unserer Aufgaben gearbeitet.

Gerade die christlichen Gewerkschaften haben schwere Kämpfe um ihre Unabhängigkeit führen müssen. Der ein Jahrzehnt lang unter dem Namen „Gewerkschaftsfreiheit“ geführte Kampf ist Beweis genug dafür. Nun kann zugegeben werden, daß die ausgemühten politischen Zeiten und die sich häufenden gespannten politischen Vorgänge — angefangen von der Reichspräsidentenwahl bis hinein in die Jetztzeit — die Gewerkschaften stark in die politische Atmosphäre hineingejogen haben. Aber wir schämen uns des Eintretens für den allerberehnten Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg nicht, sondern wir glauben, daß wir, wenn unter gleichen Verhältnissen erneut eine solche Situation an uns heranträte, wiederum nicht anders handeln könnten. Niemand wünscht aber sehnlicher als wir, daß die Zeiten des politischen Haders bald vorbei sein mögen und daß auch wir uns auf die ureigensten Aufgaben der Gewerkschaften konzentrieren können. Aber keine Bewegung, selbst wenn sie sich noch so sehr auf das sachliche und berufliche Aufgabengebiet beschränkt, kann daran vorbeigehen, zugleich die Fragen mit in den Kreis ihres Interesses und ihrer Stellungnahme zu ziehen, die grundlegend oder von vitaler Bedeutung für die Existenz ihrer Mitglieder und ihrer Arbeit sind.

Wenn wir uns z. B. einsehen für die Verflechtung mit dem Weltmarkt, für eine Handelspolitik, die unsere industrielle Ausfuhr nicht unterbindet, dann aus dem ganz einfachen Grunde, weil das eine Lebensfrage für die deutsche Wirtschaft und für die deutschen Arbeitnehmer ist.

Jede Berufsgemeinschaft, jede Berufsorganisation muß ihrer sachlichen und beruflichen Arbeit auch allgemeine Ziele zugrunde legen und ihre Arbeit auf ein allgemeines Ziel hinlenken. Wir reden in den gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Grundlinien davon, daß die Einflußnahme der christlichen Gewerkschaften von der Sozialidee, deren Verwirklichung wir erstreben, getragen ist.

Diese Sozialidee ist Bestandteil des christlichen Gedankengutes, aus dem wir entstanden sind. Sie ruht im letzten Grunde auf der Gotteskindschaft der Menschen und damit auf der Freiheit und Menschenwürde des einzelnen, auch des Ärmsten unter uns. Deswegen haben wir uns in der Vergangenheit gewehrt gegen die Reaktion, d. h. gegen eine Richtung, die den arbeitenden Menschen grundsätzlich minderwertet und ihm geringere Rechte zuerkennet. Wir wenden uns nach wie vor entschieden gegen eine Sozialidee, die wohl Wohlfaßen, aber keine Rechte für die lohnarbeitenden Volksschichten kennt.

Für den zukünftigen Neuaufbau können die christlichen Gewerkschaften nicht nur wertvolle Bausteine liefern, sondern sie wollen das auch und stellen sich bewußt in den Dienst der großen Sache. Uns scheint der Zeitpunkt gekommen, wo die Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die Arbeitgeberverbände und

15. In die Selbstverwaltung ist alles einzubeziehen, was dem Produktionszweig an arbeitsgen Aufgaben erwächst. Dazu gehört in erster Linie die Berufserziehung, sodann der Nachweis passender Arbeitsgelegenheit, außerdem die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und die Einflussnahme auf die Preisgestaltung und das Steuerwesen. Es gehört dazu die Überwachung der betrieblichen Arbeitsordnung. Nicht zuletzt kommt für die Selbstverwaltung die Sorge für eine angemessene Ausgestaltung der Sozialpolitik, soweit sie bisher der Staat betrieben hat, in Betracht. Dabei ist in erster Linie eine Anpassung an die jeweiligen beruflichen Besonderheiten, die für alle der Sozialpolitik unterliegenden Bereiche festzustellen sind, herbeizuführen, ohne daß dadurch der aller Sozialpolitik zugrunde liegende Gedanke eines solidarischen Risikenausgleiches gefährdet wird.

16. Von größter Wichtigkeit ist eine den Bedürfnissen der einzelnen Produktionszweige angepasste Kapitalverforgung dieser Produktionszweige. Die Kapitalverforgung hat davon auszugehen, daß der Gesamtwirtschaft die Stützung aller wirklich privaten Initiative dienlich ist. Diese volkswirtschaftlich richtige Kapitalverforgung wird innerhalb einer berufständlich geordneten Wirtschaft durch Aufstellung allgemeiner Richtlinien für einen bestimmten Zeitraum zu fördern sein. Die Aufstellung dieser Richtlinien obliegt der Zusammenarbeit aller Berufsstände mit dem Berufsstand des Bankgewerbes im engsten Anschluß an die Reichsbank. Ein hauptsächlich Ziel gesellschaftlich geordneter Kapitalverforgung wird sein, unter Wahrung der natürlichen Bedingungen eine gesunde Mischung der einzelnen Produktionszweige, insbesondere von Industrie und Landwirtschaft, zu erleichtern. (Schluß folgt.)

Allgemeine Rundschau

Verbandsrat der Christlichen Bergarbeiter. Der Gewerksverein Christlicher Bergarbeiter nimmt in der Deutschen Geschichte der letzten Jahrzehnte einen unbestrittenen Ehrenplatz ein. Sein zäher Kampf um die Bergarbeiterrechte wurde getragen und begleitet von einem unbeirrbar starken Kampfeswillen für die nationale Ehre und Selbstbehauptung der deutschen Volksgemeinschaft. Erinnerung sei nur an die heldenmütige Haltung der christlichen Bergarbeiter in Elsfah-Cothringen, an der Saar, in Ober-Sachsen und im Ruhrgebiet. Ihre harte Entschlossenheit, ihr heroischer Opfermut und ihre seltene Treue verschlugen die weitestgehenden Ziele der fremden Machthaber. Sie halfen auch in den schlimmsten Nachkriegsjahren Deutschland vor dem Bolschewismus retten.

Die Dreckspritze, die in der letzten Zeit von den antisozialen Bergbauunternehmern gegen Heinrich Imbusch, dem überagenden Führer der Bergarbeiter, geschleudert wurden, offenbaren solchen Verdiensten gegenüber ihre ganze schäbige Erbärmlichkeit. Es werden das Band zwischen dem Führer und den Mitgliedern nur noch fester knüpfen.

Die Generalversammlung des Gewerksvereins Christlicher Bergarbeiter, die am 13. und 14. März in Königs-winter stattfand, erhielt ihre besondere Note dadurch, daß die zahlreich anwesenden Vertrauensleute Heinrich Imbusch nicht nur ihr unvermindertes Vertrauen ausdrückten, sondern ihrer unzertrennlichen Zusammengehörigkeit stärksten Ausdruck verliehen.

Gesamtverbandsvorsitzender Ofte erinnerte daran, daß die Christliche Gewerkschaftsbewegung, insbesondere der Gewerksverein Christlicher Bergarbeiter, sich unvergängliche Verdienste erworben habe in den schweren Revolutionsjahren, in der Zeit des Ruhrkampfes, der Separatisten- und Insurgentenberuferschaft. Unser Ziel bleibe nach wie vor: zu arbeiten an der wirtschaftlichen, geistigen und sittlichen Hebung des Arbeiterstandes, aber gleichzeitig auch dem Volksganzen und der Arbeiterkraft zu dienen.

Franz Wieber, ein nationaler Arbeiterführer, 75 Jahre alt. Der Führer des Christlichen Metallarbeiterverbandes, Franz Wieber, wurde am 24. März 75 Jahre alt. In ihm vereint die Christliche Arbeiterbewegung eine ihrer markantesten Persönlichkeiten. Er gründete 1899 den Christlich-nationalen Metallarbeiterverband, als dessen Führer er jahrzehntelang in zäher Entschlossenheit den Kampf gegen den Marxismus führte. Aus seiner christlichen Überzeugung erklärt sich auch seine Haltung in dem Neutralitätsstreit innerhalb der christlichen Gewerkschaften, die scharf seine weltanschaulich gegnerische Haltung gegenüber dem Marxismus herausstellte. Als Anfang 1918 irreführende Arbeiter sich zu den bekannten Munitionsarbeiterstreiks hinreißten ließen, bekämpfte Franz Wieber an der Spitze seiner christlichen Metallarbeiter aufs schärfste diese Aktionen. In seinem Aufruf im Januar 1918 sprach er aus: „Unser Vaterland ist vom Feinde von allen Seiten bedroht. In dieser Situation ist ein Streik ein Verrat an Vaterland und an Euren Vätern und Söhnen an der Front, die es mit ihrem Blut und Leben bezahlen müssen. Wir sind es ihnen schuldig, daß wir sie nicht im Stich lassen.“ Die energische Haltung des Christlichen Metallarbeiterverbandes unter seiner Führung hatte zur Folge, daß im rheinisch-westfälischen Industriegebiet kein Rad stille stand. Vögler sprach damals das Wort aus: „Das werden wir den Eisen-

hüttenarbeitern an der Ruhr nie vergessen.“ Die staatspolitische Haltung Wiebers blieb fest im Krieg, in der Revolutions- und Nachkriegszeit. Er gehörte zu denen, die in der Nationalversammlung bei der Auseinandersetzung über die Reichsfarben für Schwarz-weiß-rot votierten. Bekannt ist seine scharfe Anklage gegen den Versailler Gewaltfrieden auf der Essener Generalversammlung der christlichen Gewerkschaften im Jahre 1920. Als 1923 die Ruhrbesetzung erfolgte, gehörte er zu denen, die die Franzosen als Geißeln festnehmen wollten. Er ging ins unbefetzte Gebiet und zog monatelang am Rande des besetzten Gebietes umher, unablässig werbend in den Reihen seiner christlichen Metallarbeiter. Wieber ist einer von denen, die unbeirrbar ihren Weg für Volk und Stand gegangen sind und den sozialen Gedanken in das nationale Leben hineingetragen haben.

Ein seltenes Jubiläum. Am 19. März konnte der Kollege Karl Reinhold vom Gutenberg-Bund die 25jährige ununterbrochene Mitgliedschaft im Hauptvorstand feiern. Die ehrenamtliche Tätigkeit ist deshalb besonders hoch zu werten, weil sie vom Vertrauen der Gesamtmemberschaft durch die Generalversammlungen getragen ist. Sein Wirken für die Interessen der Gesamtheit schloß jene Periode in sich, wo mit Mut und Vertrauen um den Bestand und Ansehen der Organisation gegen die sozialistische Übermacht gekämpft werden mußte. Auch wir gratulieren dem Kollegen Reinhold für die von ihm an den Tag gelegte Treue und Wirksamkeit im Sinne der christlich-nationalen Arbeiterbewegung.

Über die Arbeiterorganisation der Zukunft machen die „Apl-Mitteilungen“ vom 23. März, das Organ des Arbeitgeberverbandes der papierverarbeitenden Industrien, interessante Ausführungen. Anknüpfend an die Verlaubarung der Reichsregierung vom 4. März, daß sie „die Kürzung der Tariflöhne, wie sie leghin mehrfach vorgenommen oder verlangt worden ist, wirtschaftlich für unfruchtbar hält“, beschäftigen sich die „Apl-Mitteilungen“ zunächst mit einem Streik in der Berliner Möbelindustrie. Nach langwierigen Schlichterverhandlungen war eine Verständigungsgrundlage gefunden, die einen Lohnabbau bringen sollte. Nach Bekanntwerden der oben zitierten Regierungserklärung widersetzten sich die Gewerkschaftsführer jeder Lohnsenkung und die Arbeitgeber mußten sich mit der unveränderten Verlängerung des Tarifes einverstanden erklären. Die „Apl-Mitteilungen“ fahren fort:

„Der Streik wurde von Gewerkschaftsmitgliedern und SA-Leuten Schulter an Schulter durchgeführt. Die hieraus zu ziehende Schlussfolgerung ist klar und eindeutig:

In den Fragen der Lohnpolitik wird die Unternehmerschaft mehr denn je einer geschlossenen Arbeiterfront gegenüberstehen. Die nationalsozialistischen Arbeiter werden zusammen mit den politisch anders eingestellten ihren Lohn verteidigen und dabei sogar, wenn nicht alles täuscht, die Führung durch ihre nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation übernehmen. ... Daß die wirtschaftsfeindlichen Arbeiterorganisationen (die Gelben, Die Red.), über deren Vorstoß zur Erlangung der Gleichberechtigung wir in der vorigen Nummer der „Apl-Mitteilungen“ berichteten, die Führung in der Arbeiter-schaft übernehmen werden, ist nicht anzunehmen. Hierzu sind diese nationalen Arbeiterverbände an sich zunächst zu schwach, haben aber außerdem — und das dürfte das Wesentlichste sein — in den nationalsozialistischen Arbeiterkreisen nicht diejenigen Sympathien, welche die Voraussetzung für die Führerstellung in lohn- und tarifpolitischer Hinsicht nun einmal unbedingt sind. ...

Hiernach könnte es den Anschein haben, daß der vom Minister Hugenberg vertretene Standpunkt des individualistischen Wirtschaftsprinzips sich in bezug auf die Lohn- und Tarifpolitik nicht durchsetzen, sondern daß die kollektive Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in Zukunft vielleicht eine noch größere Rolle spielen wird als bisher. Die nationalsozialistische Partei ist eine Arbeiterpartei, welche dem Schutze der Arbeiter gegenüber dem in der Regel wirtschaftlich stärkeren Unternehmer eine besondere Pflege angedeihen lassen wird, wiewohl dies in anderen Formen erfolgen dürfte als bisher, d. h. nicht unter Hervorhebung des Klassengegenges, sondern der wirtschaftlichen Verbundenheit.

Wir glaubten, unsern Mitgliedern diese Äußerungen eines Arbeitgeberorgans nicht vorenthalten zu dürfen. Zeigen sie doch, daß unsere Aufgaben als christliche und nationale Gewerkschaften in der Folge noch größer und bedeutsamer sein werden. Die neuen Formen und die Wege hierzu sind ja in der Kundgebung in Essen klar herausgearbeitet worden.

**Stärkt unsere
Christlich-nationale Berufsgewerkschaft
Sie war zu keiner Zeit notwendiger
und unentbehrlicher als heute**

Arbeitsrecht und Sozialpolitik

Neuordnung der Krankenversicherung. Der Reichsanzeiger veröffentlicht in der Ausgabe vom 18. März 1933 die vom Reichskabinett beschlossene Erste Verordnung zur Neuordnung der Krankenversicherung. Die Verordnung befaßt sich mit der Aufsicht über die Krankenkassen, ihre Verbände und Vereinigungen und führt eine Stellen-sperre bei Krankenkassen ein. Die Oberversicherungsämter werden ermächtigt, den Versicherungsämtern Weisungen über die Aufsichtsbefugnisse zu erteilen. Der Reichsarbeitsminister kann selbst in die Aufsicht eingreifen, indem er im Einzelfalle Sachbeamte als Kommissare bestellt und sie nötigenfalls ermächtigt, die Aufgaben der Organe zu übernehmen. Die von den großen Kassenvereinigungen eingerichteten Prüfungsstellen werden der Aufsicht der Oberversicherungsämter unterstellt. Die Verordnung ermächtigt ferner den Reichsarbeitsminister, die Aufsicht über die Spitzenverbände und ihre Eigenbetriebe selbst zu übernehmen. Bis auf weiteres dürfen die leitenden und sonstigen geborenen Stellen bei den Krankenkassen und ihren Verbänden nicht neu besetzt oder ihre Inhaber hinsichtlich der Befolgung oder der Dauer der Anstellung günstiger gestellt werden. Eine ähnliche Regelung ist für die Stellenbesetzung in der Reichsknappschaft getroffen.

Neue Beitragsmarken in der Angestelltenversicherung. Vom 1. April 1933 an werden neue Beitragsmarken der Angestelltenversicherung ausgegeben, die das gleiche Markenbild wie bisher zeigen, sich aber durch die Farben und einen orangefarbenen Schutzdruck von den bisherigen Marken unterscheiden. Die bisherigen Marken werden von der Post nur bis einschließl. 31. März 1933 verkauft. Wer nach diesem Zeitpunkt noch Beiträge für die Zeit vor dem 1. April 1933 zu entrichten hat, erhält nur noch die neuen Marken. Es ist raskam, etwaige Beitragsrückstände noch vor dem 1. April 1933 zu begleichen. Die Gültigkeitsdauer der bisherigen Marken läuft mit dem 30. April 1933 ab. Sie dürfen also nach dem 30. April 1933 nicht mehr verwendet werden. Unbeschädigte Stücke der bisherigen Marken können bei der Post bis zum 31. Juli 1933 gegen neue Beitragsmarken der Angestelltenversicherung umgetauscht werden.

Vorsicht bei Zwecksparkassen! Im Laufe der letzten Jahre sind solche „Sparkassen“ wie Pilze aus der Erde geschossen. Wenn man sich näher mit den „Gründungen“ befaßt, stellt man fest, daß hinter ihnen oft zweifelbafte, wenig kreditwürdige Personen stehen, die es darauf absehen, den Menschen die letzten Groschen aus der Tasche zu locken. In Köln beispielsweise schloß ein Darlehens-lnehmer mit einer Zwecksparkasse einen Sparvertrag ab. 80 RM hatte er bereits an dieses Unternehmen gezahlt, als er durch eine Auskunftei erfuhr, daß der Inhaber bereits den Offenbarungseid geleistet hatte. Das Geld war verloren. Die Fälle mehren sich, in denen die Staatsanwaltschaften sich mit solchen „Unternehmungen“ beschäftigen müssen. Es sei deshalb zur größten Vorsicht geraten.

Aus den Berufen

Ergebnislose Manteltarifverhandlungen im Buchdruck

Am 22. März wurde über die Neugestaltung des Manteltarifs für Buchdruckergewerkschaften ergebnislos verhandelt. Mit Rücksicht auf die vorzunehmende Revision einzelner Spartenbestimmungen sowie der Orts-zuschläge hatten sich die Vertragsparteien geeinigt, nur vier Punkte des eigentlichen Manteltarifs einer Neu-beratung zu unterziehen. Es handelt sich hierbei um die Arbeitszeit, um Richtlinien zwecks Fest-stellung der Ortszuschläge, Überstunden und Urlaub. In keinem Punkte konnte eine Verständigung oder Annäherung gefunden werden, sondern alle Anträge gehen in ihrer Urform vor das Forum des Zentral-schlichtungsausschusses mit seinen drei Unparteiischen.

Da sich die Wirtschaftslage so ungemein verschlechtert hat und die Not der Arbeitslosen es im besonderen bedingt, nach Mitteln und Wegen zu suchen, um mehr Menschen in den Produktionsprozeß einzuschalten, haben die Beihilfenvertreter in tiefgründiger Form die Ein-führung der 5-Tage-Woche zu 40 Stunden begründet. In diesem Zusammenhang haben sie desgleichen den Beweis erbracht, daß eine stärkere Einschränkung willkürlicher Überarbeit notwendig ist. Die Einstellung der Vertreter des DBV war aber nicht nur eine ablehnende wie früher, sondern man versucht, die bisherigen diesbezüglichen Bestimmungen noch debordanter zugunsten der Unternehmer zu gestalten. Ebenso unfruchtbar war die Aussprache über die sonstigen Streitpunkte. Forderte man doch mit großem Nachdruck, das Höchstmaß der Ferientage bis auf 6 Tage herabzusetzen. Unter solchen Umständen mußten die Verhandlungen ergebnislos enden. Am 29. März tritt das tarifliche Zentralschlichtungsausschuss zur Entschcheidung aller Streitfragen zusammen.

Über die Revision des Reichstarifs für das Buch- und Zeitungsdrucker-Hilfspersonal hat bereits eine unverändliche Aussprache stattgefunden und man einige sich dahingehend, erst nach dem Gehilfenabschluss die gegenseitigen Anträge auszusprechen.

Der Reichstarif für Chemigraphie-, Kupfer-, Licht- und Tiefdruckgewerbe

Der am 28. Mai 1932 abgeschlossene Chemigraphenstarif hat bis zum 31. Mai 1933 Gültigkeit. Sofern er nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird, verlängert er sich um ein Jahr. Abänderungsanträge müssen aber bereits drei Monate vor Ablauf eingebracht und vor der eigentlichen Tarifkündigung beraten sein.

Die Vertragsparteien haben ihre Revisionswünsche zum vorgeschriebenen Termin, Ende Februar, ausgelassen, und es ist festzustellen, daß die Anträge der Gehilfen in der Hauptsache eine Änderung in der Arbeitszeit und im Lehrlingswesen herbeiführen sollen. Die Arbeitgeberanträge bewegen sich in folgendem:

§ 3. Arbeitszeit.

Die Arbeitszeit kann sowohl für die einzelnen Abteilungen und Sparten, als auch für einzelne Gehilfen an einem Tage oder an verschiedenen Tagen verschieden liegen, und zwar bei Abteilungen und Sparten nach vorzeitiger Anhörung der jeweiligen Betriebsvertretung. Bei Einführung, Abänderung oder Aufhebung von Schichten (auch Wechselarbeiten) ist die Einhaltung einer Anfahrtszeit nicht notwendig.

§ 4. Überzuarbeit.

Der Zuschlag für Sonn- und Feiertagsarbeit beträgt 50%. Bei Kurzarbeit sind die über die verkürzte tägliche Arbeitszeit hinaus geleisteten Überstunden bis zur vollen regelmäßigen, für den Betrieb oder die Betriebsabteilungen oder Sparten festgesetzten Arbeitszeit ohne Zuschlag zu stellen. Die über die volle regelmäßige Arbeitszeit hinausgehenden Arbeitsstunden sind mit den normalen Überstundenzuschlägen gemäß Abs. 1 zu vergüten. Tageweise oder längeres Auslegen ist bei Kurzarbeit gleichzusetzen.

§ 5. Feiertage.

Für folgende Feiertage darf ein Abzug vom Lohn nicht stattfinden:

- 1. Neujahrstag;
2. Karfreitag;
3. Ostermontag;
4. Simultage;
5. Pfingstmontag;
6. 1. und 2. Weihnachtstag.

§ 6. Ferien.

Von den zustehenden Ferien werden nur 75% bezahlt. Das Arbeitsverhältnis gilt als unterbrochen, wenn die wegen Krankheit oder sonstigen Arbeitsunfähigkeit mehr als einen Monat betragen. Wegen der Festlegung des Lichtdruck bis 31. Mai 1934 außer Kraft.

§ 8. Lehrlingswesen.

Das Wochenlohn der Lehrlinge beträgt:
im 1. Lehrjahr 3 RM., statt bisher 4 RM.,
" 2. " 5 " " " 8 "
" 3. " 8 " " " 12 "
" 4. " 10 " " " 16 "

Aus diesen Anträgen ist zu erkennen, daß die Unternehmer immer noch des Glaubens sind, durch Einengung tariflicher Erzeugnisse die Wirtschaftslage bessern zu können. Aber fest steht doch unzweifelhaft, daß diese Hoffnung bisher trügerisch war und bleibt. Die für den 27. und 28. März angesetzten Verhandlungen werden den Widerstand gegenüber jeglichen Verschlechterungen erkennen lassen.

Aus den Ortsgruppen

Düsseldorf. Unsere Generalversammlung konnte verschiedenen Umständen halber erst am 18. Februar stattfinden. Der Besuch war sehr gut, als der Vorsitzende, Kollege Nagel, die Versammlung eröffnete. Der Jahresbericht des Kollegen Tesinger zeigte die Fälle der Arbeit, die im Interesse der Mitglieder zu leisten war. Wie ersprießlich die Zusammenarbeit von Vorstand und Mitgliedern war, beweist im besonderen der Erfolg der Wettbewerbstätigkeit. Konnten doch im vergangenen Jahre insgesamt 52 Neuaufnahmen bzw. Übertritte gebucht werden. (Zur Nachabmung empfohlen. Die Red.) Ein besonders erfreuliches Ereignis hatten wir am Ende unseres Geschäftsjahres. Unser lieber Kollege Tokloß feierte sein 25jähriges Verbandsjubiläum. Um seine Verdienste als Kassierer, als christlich-nationaler Gewerkschafter und als echter Kollege zu würdigen, hatte die Ortsgruppe eine besonders festlich gehaltene Jubiläumsgala abgehalten. Von den anwesenden Gästen hatte auch unser Zentralvorsitzender, Kollege Hornbach, seine und die Glückwünsche der Zentrale wie auch des Zentralvorstandes ausgesprochen. Für den Bezirksvorstand überbrachte der Bezirksleiter, Kollege Schmidt, die herzlichsten Glückwünsche. Alle Redner betonten die vorbildlichen Eigenschaften unseres lieben „Jupp“, denn er war es, der die Ortsgruppe über all die Klippen der Vor- und Nachkriegsjahre hindurch geleitet hat. Er ist nicht nur ein treuer und gewissenhafter Kassierer, er ist die Seele der Ortsgruppe. Die Feier, die auch den Rahmen eines Werkabends trug, fand regen Zuspruch. Die Vorbereitung und Durchführung derselben hatte unser Vorsitzender, Kollege Nagel, musterhaft geregelt. Dem ausführlichen Jahresbericht folgte der Kasienbericht des Kollegen Tokloß, dem die Versammlung einstimmig Entlastung erteilte und anerkennenden Dank

aussprach. Die Vorstandswahl, durch Kollegen Paul Dreilich geleitet, ging rasch vonstatten. Der geschäftsführende Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Sodann hielt Kollege Nagel noch ein Referat über die augenblickliche tarifliche und wirtschaftspolitische Lage. In der Debatte wurden insbesondere auch Maßnahmen empfohlen, die bei den kommenden Tarifverhandlungen die Einbeziehung der bis jetzt vom Tarif nicht erfassten Packer, Voten, usw. endlich ermöglichen soll. A. G.

München. Eine sehr gut besuchte Versammlung hielten wir am Sonntag, 26. März, ab. Kollege Hornbach gab einleitend einen sehr ausschlusreichen Bericht über den Stand der Tarifverhandlungen im Buchdruck. Dabei wurden im besonderen die Wünsche und Aussichten der hiesigen Mitgliedschaft diskutiert.

Anschließend sprach Kollege Kuner über das augenblicklich so aktuelle Thema „Um die Zukunft der Gewerkschaften“. Er ging von den zahlreichen umschwimmenden wilden Gerüchten aus und beleuchtete die Lage an Hand der tatsächlichen Vorgänge. Bei den teils widersprechenden Zeitungsmeldungen und Voraussetzungen sei es ratsam, sich zunächst einmal die Richtung des betreffenden Windes zu besehen. Solche Gruppen, die schon immer den Kampf gegen die Gewerkschaften führten, geben sich heute natürlich alle Mühe, die staatliche Nachteilstellung ihren lang gehegten Absichten nutzbar zu machen. Regierungserklärung und Äußerungen einzelner führender Männer der größten Regierungspartei lassen aber klar erkennen, daß man den im geschichtlichen Werden organisch gewachsenen Wert besonders der christlich-nationalen Gewerkschaften erkennt und nicht zerstören will.

Daraus folgt, daß wir auch in Zukunft unsere Arbeit für Volk und Nation, vor allem für die Freiheit und Gleichberechtigung des deutschen Arbeiters und seine soziale Sicherung zu leisten haben werden. Die christlichen Gewerkschaften haben sich in ihrer Haltung seit ihrer Gründung immer an dem bewährten Programm von Mainz orientiert. Genau so, wie dieses Programm 1918 im unerschrockenen Kampfe gegen die tiefenhaft an-schwellende rote Flut unser sicherer Kompaß war, genau so wird es uns heute Richtschnur bei der Neuordnung des nationalen Deutschland sein. Wir bleiben, was wir sind!

Die sehr lebhaft ausgeführte Besprechung bezeugte das rege Interesse an den behandelten Fragen und das rückhaltlose Vertrauen der Mitglieder zu ihrer christlich-nationalen Gewerkschaft. Überdies vertritt sich klar das Bewusstsein der verschiedenen Diskussionsredner, festzuhalten an dem erprobten Alten und mit unsern christlichen Gewerkschaften vor wie nach in Treue und nationalem Willen zu wirken für Volk, Vaterland und wirtschaftlichen Fortschritt.

München. In unserer letzten Monatsversammlung konnte 2. Vorsitzender Kollege Stock eine recht stattliche Anzahl von Mitgliedern begrüßen. Bezirksleiter, Kollege Steinhardt, berichtete kurz über die letzten tariflichen Nachrichten betreffs Kündigung der Reichsmanteltarife für Buchdrucker, Buchdruckerei-Hilfsarbeiter und Buchdruckerei-Buchbinder und ging anschließend zu einem kurzen Vortrag über die internationale Arbeitszeitverkürzung über. Ausgehend von dem Bericht über die Verhandlungen der Konferenz für internationale Arbeitszeitverkürzung im Januar gab er eine anschauliche Statistik über die Arbeitslosigkeit in den verschiedenen Staaten. Dabei behandelte er eingehend die Arbeitslosigkeit in Deutschland, die zur Bekämpfung derselben angestellten Versuche, und kam in seinen weiteren Ausführungen auf das internationale Arbeitsamt zu sprechen. 58 Staaten sind Mitglieder, wobei besonders zu erwähnen ist, daß die Vereinigten Staaten von Amerika und die Sowjetunion sich nicht zu den Mitgliedern zählen. Dies Fernbleiben dürfte wesentlich zur Behinderung einer erfolgreichen Arbeit der internationalen Arbeitsorganisation beitragen. Interessant zu vernehmen war die Stellungnahme der verschiedenen Gruppen, der Unternehmer, Arbeitnehmer und der offiziellen Regierungsvertreter. Das Ergebnis der Konferenz war mager. Sie endete mit einem Antrag der Regierungsgruppe, der die 40-Stundenwoche empfiehlt unter Beibehaltung des jetzigen Lohnniveaus der Arbeiterkraft.

Im weiteren Verlauf der Versammlung behandelte ebenfalls Kollege Steinhardt das Verhältnis der Reichsregierung zu den Gewerkschaften, insbesondere zu den christlichen Gewerkschaften. In Hinsicht auf die am 9. März erfolgte Besehung des freien Gewerkschaftshauses in München, war es für alle Mitglieder eine Notwendigkeit, sich dahingehend Aufklärung zu holen. Es konnte festgestellt werden, daß der Betrieb in unserer Gewerkschaftshäuser in keiner Weise gestört wurde. Den letzten Reden des Reichskanzlers und des Reichsarbeitsministers glaube Redner entnehmen zu können, daß die Reichsregierung die unveränderten Lohnsätze aufrechterhalten werde. Ebenso würde auch das Tarif- und Schlichtungswesen erhalten bleiben. Notwendig wird es in dieser Hinsicht sein, daß die Reichsregierung sich gegenüber den reaktionären Bestrebungen gewisser Kreise stark zeigt. Vor allem aber muß unsere Front der christlich-nationalen Gewerkschaften stark sein und bleiben, denn wir werden auch im neuen Staate dieselben großen und

wichtigen Aufgaben zu erfüllen haben, wie in der Vergangenheit. Unsere Arbeit ist für Volk und Nation, für Arbeiter und Wirtschaft unerlässlich.

Mit einem aufmunternden Appell an die Mitglieder, auch weiterhin tatkräftig mitzuarbeiten, besonders bei den Betriebsratwahlen und in der gegenwärtigen Werbeaktion, schloß Kollege Steinhardt seine interessanten und aufklärenden Worte. Nach einem herzlichen Dank des Kollegen Stock an den Redner, sowie nach Erledigung verschiedener örtlicher Angelegenheiten fand die so rege verlaufene Versammlung ihren Abschluß. R. G.

Literatur-Eingänge, Besprechungen

Reichs-Herbertsverzeichnis 1933. 21. Ausgabe. 475 Seiten. Herausgegeben vom Reichsverband für Deutsche Jugendherbergen, Verlags-Abteilung, Hildesbach in Westfalen. Preis 90 Pf.

Wie der Reisende auf den neuen Fahrplan, so wartet die wandernde Jugend auf das jährlich erscheinende neue Reichs-Herbertsverzeichnis. In diesem Jahre ist es recht früh erschienen, dazu in einem schmalen Format. Es bringt wieder die neuesten Einzelangaben über die mehr als 2100 Jugendherbergen des Reichs, eine Anzahl von Adressskarten, dazu im Textfeld eine Reihe von Aufsätzen aus dem Wanderleben, sowie die Bestimmungen für die Benutzung der Jugendherbergen. Auch die in anderen Ländern bestehenden Jugendherbergs-Verände sind aufgeführt. Der Anhang wurde erweitert. Er enthält die wichtigsten Angaben über die Fahrplänebestimmungen bei Reichsbahn und Reichspost, die Ferienordnung, ein sehr ausführliches Verzeichnis einschlägigen Schrifttums und eine in Tabellenform angeordnete Aufstellung über Wandererstattungssätze. So wird das reichhaltige Verzeichnis auch in diesem Jahre wieder zum unentbehrlichen Begleiter jedes Wanderers. Es findet den Weg in Schule und Verein. Der niedrige Preis wird eine weitgehende Verbreitung sichern können. Jeder, der in irgendeiner Verbindung mit dem Wandern steht, sollte dieses wichtige Büchlein kaufen, empfehlen oder verschicken.

Bekanntmachungen des Vorstandes

Geld fanden ein bis 25. März 1933: Kempten, Kesseler, Regensburg, Frankenstein, Dörfel, Ebnobühnen, Münster, Danzig, Jülichgau, Bingen, Bonn, Augsburg.

Materialien eingegangen. An alle Ortsgruppenhelfer wurden in den letzten Tagen Abrechnungsformulare, Mitgliederlisten und Berichtskarten für das 1. Vierteljahr versandt. Dazu Kammerarbeiten Nr. 6. Sollte irgendwo die Sendung nicht eingetroffen sein, erbitten wir Nachricht.

Berichtsbogen für die Betriebsabteilungen sind ebenfalls an alle Ortsgruppenvorstände zum Versand gebracht. Wir bitten um baldmöglichste Erledigung derselben.

Arbeitslosenstatistik. Die Berichtskarten sind fällig und müssen von allen Ortsgruppen schnellstens eingeleistet werden, auch wenn keine Veränderungen eingetreten sind.

Teilzahlungen nicht vergessen. Mit Erscheinen dieser Nummer ist der 14. Wochenbeitrag fällig.

Anzeigen

Unserem lieben Kollegen Joseph Lücke zum 50jährigen Berufsjubiläum bei der Bonifatius-Druckerei unsere herzlichsten Glück- und Segenswünsche. Ortsgruppe Paderborn.

Unseren lieben Mitgliedern Kollegin Anguste Hiltenebert, Kollege Adolf Strothmann zum 25jährigen Arbeitsjubiläum bei der Firma C. Bertelsmann die herzlichsten Glückwünsche. Ortsgruppe Oettersloh.

Am 12. März 1933 verstarb unser lieber Kollege, der Kupferstecher Otto Carus im Alter von 67 Jahren. Ehre seinem Andenken! Ortsgruppe Berlin.

Nach längerem schweren Leiden verstarb unsere liebe Kollegin Hedra Link. Wir werden ihr Andenken stets in Ehren halten. Ortsgruppe Freiburg.